

Neuregulierung des US Finanzmarktes

*Zusammenfassung der US-Berichterstattung
für die Woche vom 26. Juli bis 01. August 2010*

(csh) In der vergangenen Woche beherrschte die Verabschiedung des neuen Finanzregulierungsgesetzes die Schlagzeilen der Medien. Das neue Gesetz schränkt den Markt deutlich ein und überträgt einen Teil der Verantwortung für Finanztransaktionen auf den Staat. Außerdem standen die neuen und alarmierenden Hochrechnungen über Präsident Obamas Rückhalt in der Bevölkerung im Fokus der Berichterstattung.

Wie die *New York Times* berichtete, verabschiedete der Kongress vergangene Woche ein neues Bundesgesetz zur Regulierung des Finanzmarktes. Das Gesetz zählt zu den großen Erfolgen der Obama Administration und ist eine Reaktion auf die Finanzkrise, die ihren Ausgang 2008 in den Vereinigten Staaten hatte. Mit dem neuen Gesetz wird ein unabhängiges Verbraucherbüro innerhalb der US-Notenbank eingerichtet, welches Veruntreuung und Missbrauch des Marktes verhindern sollen. Weiterhin gibt das Gesetz dem Staat mehr Macht Firmen, die vor dem Bankrott stehen, vom Wettbewerb auszuschließen. So können in Zukunft Fälle wie die Pleite der Lehman Brothers Bank verhindert werden. Die Verabschiedung des Gesetzes führte allerdings zur Spaltung des Kongresses. Der *Washington Post* nach war vor allem das republikanische Lager dagegen. Das Gesetz gebe dem Staat zu viel Macht über den Markt, so eines der Argumente, mit denen die Republikaner ihre Gegenstimmen begründeten. Aber auch im Lager der Demokraten gab es Unstimmigkeiten. Einigen der Abgeordneten ging das Gesetz nicht weit genug. Das neue Verbraucherbüro soll sich bereits in drei Monaten konstituieren.

Die *Washington Post* veröffentlichte vergangene Woche gemeinsam mit den ABC News einen detaillierten Bericht über den Rückhalt Präsident Obamas in der amerikanischen Bevölkerung. Im Vergleich zu den Wahlen im Jahre 2008 ist die Beliebtheit des Präsidenten deutlich gesunken. Dies bekommen auch die Demokraten zu spüren, die ebenfalls an Popularität eingebüßt haben. Gründe dafür sind unter anderem die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko, die Gesundheitsreform und die Wirtschaftspolitik der Administration. Die Republikaner errechnen sich anhand dieser Ergebnisse größere Chancen in den midterm elections im kommenden November aus.

Quellen:

www.nyt.com

www.slate.com

www.washingtonpost.com